

KORNWESTHEIMER ZEITUNG

Amtliches
Bekanntmachungsorgan der
Großen Kreisstadt Kornwestheim
und des Landkreises Ludwigsburg

Nummer 281 · 49. Woche · 79. Jahrgang · KO

Mittwoch, 4. Dezember 2024

€ 2,60 · E1346 A

Ukraine will nur Mitgliedschaft in Nato akzeptieren

Ein Nato-Treffen in Brüssel stellt einen schnellen Ukraine-Beitritt nicht in Aussicht. Kurz zuvor drohte der Kreml.

KIEW/BRÜSSEL. Die von Russland angegriffene Ukraine will keine anderen Sicherheitsgarantien als eine Nato-Mitgliedschaft akzeptieren. Dies sei die einzig realistische Abschreckung weiterer russischer Aggression, hieß es in einer Erklärung des Außenministeriums in Kiew am Tag des Treffens der Nato-Außenminister in Brüssel. Im Gegenzug sei Präsident Wolodymyr Selenskyj bereit, auf von Moskau eroberte Gebiete bei möglichen Verhandlungen vorerst zu verzichten.

Dass die Ukraine aber nicht mit einer schnellen Nato-Beitrittseinladung rechnen kann, machte Bündnis-Generalsekretär Mark Rutte in Brüssel deutlich. Man wolle über mehr Militärhilfen für Kiew beraten. Der Kreml hatte einen Beitritt eine „inakzeptable Bedrohung“ genannt. *dpa/AFP*

Kommentar

Knackpunkt für Schwarz-Grün

Merz braucht Optionen nach der Wahl. Doch ein Bündnis mit den Grünen könnte Wähler und Partei verprellen.

VON TOBIAS PETER

Als wahrscheinlichstes Bündnis nach der Wahl gilt eine Koalition aus Union und SPD. Friedrich Merz und die CDU haben jedoch verstanden: Es muss für sie neben den Sozialdemokraten noch eine andere Option geben. Sonst könnten sie der SPD nach der Wahl auch gleich ein leeres Blatt Papier reichen und sagen: „Schreibt drauf, was ihr wollt! Ihr bekommt es alles.“

Wenn Merz nun sagt, in der Außen- und Sicherheitspolitik gebe es mehr Gemeinsamkeiten zu den Grünen als zur SPD, ist das richtig. Es ist aber auch ein Signal: Wir können und wollen uns den Koalitionspartner selbstbewusst aussuchen.

Ein Bündnis zwischen Union und Grünen ist möglich, wie Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg zeigen. Im Bund sind die Unterschiede in der Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik zwar groß. Das gilt aber auch für Union und SPD. Der Knackpunkt für Schwarz-Grün wäre die Migrationspolitik. Die Grünen haben sich zu einer härteren Linie bewegt. Umfassende Zurückweisungen an der Grenze, wie Merz sie fordert, könnte sie zerreißen.

Auch viele in der Union sind aber überzeugt, dass ihnen Schwarz-Grün im Bund schaden würde. Die eigenen Anhänger würden sich hinterher beklagen: „Erst wählen wir CDU, dann bekommen wir die Grünen.“ Dass viele das für ein Unglück halten, dafür hat so mancher in CDU und CSU mit ausufernder Anti-Grünen-Rhetorik gesorgt.

Wetter



Mittags 5° | Nachts 1°

Wolkig, im Süden mit Regen, im Bergland Schnee

Kontakt

Redaktion: 0711 / 72 05 - 0
Leserservice (Abo): 0711 / 72 05 - 61 61



4 190406 302603

Jeder Fünfte würde bei Kulturförderung sparen

Zwar hält jeder Zweite im aktuellen BaWü-Check Kulturförderung für eine Staatsaufgabe. Doch vor allem bei großen Kultureinrichtungen finden viele, man könnte sparen.

VON ANNIKA GRAH

STUTTGART. Kulturförderung hat auch in Baden-Württemberg keinen leichten Stand. Nur knapp jeder dritte Befragte im aktuellen BaWü-Check ist der Auffassung, dass das Land ausreichend Geld für Kunst und Kultur ausgibt. Nur jeder Vierte findet, dass mehr Geld in den Bereich fließen sollte. Und 20 Prozent sind der Ansicht, dass Baden-Württemberg weniger Geld in die Kulturförderung stecken sollte. Das ist das Ergebnis des BaWü-Checks, der Umfrage des Instituts für Demoskopie in Allensbach im Auftrag baden-württembergischer Tageszeitungen.

Wenigstens die Hälfte der Befragten ist der Ansicht, dass Förderung und Unterstützung von Kultureinrichtungen Aufgabe des Landes ist. Nur jeder Vierte findet das nicht. Und noch einmal ein Viertel ist unentschieden. Vor allem Jüngere und Kulturinteressierte sehen den Staat in der Verantwortung. Bei den Unter-30-Jährigen sind 67 Prozent der Ansicht, dass der Staat Kunst und Kultur fördern sollte.

Im Vergleich zu anderen staatlichen Aufgaben fallen die Kultureinrichtungen allerdings weit ab. Knapp zwei Drittel der Befragten sind der Ansicht, dass das Land bei Kultureinrichtungen wie Theatern oder Museen eher sparen soll. Nur 37 Prozent finden, der Staat sollte hier mehr Geld ausgeben. Nur bei großen Bauprojekten hätten noch mehr Menschen im Land lieber, dass der Staat spart. Anders sieht die Unterstützung bei Gesundheitseinrichtungen, der Ausstattung von Schulen oder der Ausstattung der Polizei aus. Hier finden 80 bis 90 Prozent der Befragten, dass das Land eher mehr Geld in die Hand nehmen sollte.

Dabei gehen die Menschen im Südwesten am seltensten in die Oper oder ins Ballett und am häufigsten ins Kino oder in die Bibliothek. Trotzdem fällt das Urteil, welche Institutionen Fördermittel erhalten sollten, einheitlich aus. Während 32 Prozent meinen, dass vor allem Einrichtungen gefördert werden sollen, die viel Publikum anziehen, halten es 28 Prozent für angemessen, wenn möglichst viele Institutionen Mittel erhalten. 22 Prozent fänden es am besten, wenn in wirtschaftlichen Schwierigkeiten steckende Einrichtungen unterstützt würden.

Leitartikel

32

Prozent der Befragten meinen, dass vor allem Einrichtungen gefördert werden sollen, die viel Publikum anziehen.

67

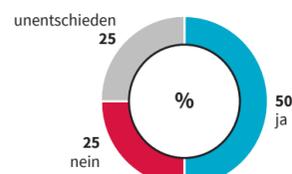
Prozent der Befragten im Alter unter 30 Jahren finden, dass der Staat Kunst und Kultur fördern sollte.

Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann hat ein Auge auf die Kultur.

Montage: Sebastian Ruckaberle

Umfrage zur Zuständigkeit

„Sollte Kulturförderung Aufgabe des Staates sein?“



Grafik: Biver
Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 18 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IFO-Umfrage 6184/III

Merz sieht Gemeinsamkeit mit Grünen

Grüne oder SPD – die Union ist sich uneins, wer als Koalitionspartner in Frage kommen könnte.

BERLIN. CDU-Chef und Unions-Kanzlerkandidat Friedrich Merz sieht Schnittmengen seiner Partei mit den Grünen. „In der Außen- und Sicherheitspolitik gibt es sicher mit den Grünen mehr Gemeinsamkeiten als mit der SPD“, sagte er der „Bild“. In der Wirtschaftspolitik allerdings sei die CDU „ganz anderer Meinung“. Merz kündigte an, nach der Bundestagswahl mit allen „demokratischen Parteien der politischen Mitte“ zu sprechen. Die CSU beharrte derweil auf ihrem Nein zu einer schwarz-grünen Koalition.

Auf parlamentarische Mehrheiten käme die Union als in Umfragen aktuell stärkste Kraft gegenwärtig sowohl gemeinsam mit der SPD (47,5 Prozent) als auch mit den Grünen (44,5 Prozent), wie eine Umfrage von Insa für die „Bild“ zeigt. *red/AFP*

Kommentar

Mehr Befugnisse für Polizei bei Waffenkontrollen

Kommunen sollen bei der Sicherung etwa von Weihnachtsmärkten entlastet werden. Innenminister Strobl beruhigt.

STUTTGART. Die Polizei soll künftig auf öffentlichen Veranstaltungen wie Weihnachtsmärkten noch leichter und selbstständiger Waffenkontrollen durchführen können. Bislang werden Polizisten bei der Durchsetzung von Waffenverboten teils von Mitarbeitern von Rathäusern und Landratsämtern begleitet. Man plane, noch vor Weihnachten mit einer neuen Verordnung die Kommunen zu entlasten, damit die Polizei stärker alleine kontrollieren könne, kündigte Innenminister Thomas Strobl (CDU) an.

Die Polizei im Südwesten darf bereits etwa bei öffentlichen Veranstaltungen in Waffenverbotszonen oder an gefährlichen Orten unbegleitet kontrollieren, das ist im Polizeigesetz des Landes geregelt. Daneben gibt es das Waffengesetz des Bundes – es wurde nach den Attentaten von Solingen und Mannheim verschärft. Nun gibt es der Polizei mehr Befugnisse für stichprobenartige und

anlasslose Waffenkontrollen bei öffentlichen Veranstaltungen und in Verbotszonen.

Die aktuelle Änderung des Waffengesetzes gilt für öffentliche Vergnügungen, unter die auch Weihnachtsmärkte fallen. Hier dürfen neben Waffen grundsätzlich auch keine Messer mehr mitgeführt werden.

Da der zuständige kommunale Ordnungsdienst nicht so geschult ist für potenziell gefährliche Lagen, holen sich die kommunalen Mitarbeiter häufig die Polizei dazu, hieß es aus dem Innenministerium. Das sei aber realitätsfern und würde die Ämter überfordern, sagte der Landeschef der Deutschen Polizeigewerkschaft, Ralf Kusterer. Deshalb sei die geplante Änderung notwendig.

Die Sicherheitslage auf den Weihnachtsmärkten im Land nannte Strobl angespannt, sagte aber: „Es gibt keinen Grund, Angst zu haben.“ Die Polizei werde aber alles tun, damit die Weihnachtsmärkte sicher seien. *dpa*

DFB-Pokal: VfB spaziert ins Viertelfinale

Die Stuttgarter zeigen mit einem 3:0 gegen Regensburg einen deutlichen Klassenunterschied.

REGENSBURG. Der VfB Stuttgart hat auch nach einer Radikal-Rotation das DFB-Pokal-Viertelfinale erreicht und darf weiter von der Reise nach Berlin träumen. Ohne Alexander Nübel, Maximilian Mittelstädt oder Ermedin Demirovic in der Startelf setzte sich der Champions-League-Starter souverän mit 3:0 (2:0) beim chancenlosen Zweitligaschlusslicht SSV Jahn Regensburg durch.

Drei Tage vor dem Bundesliga-Heimspiel gegen den 1. FC Union Berlin war auch eine auf sieben Positionen veränderte Stuttgarter Startelf mindestens eine Klasse zu stark für die Oberpfälzer, die sich nun ausschließlich auf ihr kompliziertes Projekt Klassenerhalt konzentrieren können. Ihren Kontrahenten im Viertelfinale erfahren die Stuttgarter bei der Auslosung am 15. Dezember. *dpa*

Mietpreisspiegel: Ärger über geringen Anstieg

Der Haus- und Grundbesitzerverein erkennt den neuen Mietpreisspiegel für Stuttgart nicht an. Es droht Streit.

STUTTGART. Der Mietspiegel für Stuttgart für 2025/26 weist nur gering steigende Mietpreise aus. Gegenüber dem Zeitraum von 2022 bis 2024 wuchsen die Mieten nur um ein Prozent. Die ortsübliche Vergleichsmiete beträgt in den kommenden zwei Jahren somit 11,15 Euro pro Quadratmeter. In den vergangenen zehn Jahren war die Vergleichsmiete um je sechs bis 7,7 Prozent gestiegen.

Dem Haus- und Grundbesitzerverein ist der Anstieg zu wenig, weshalb er den Mietspiegel nicht anerkennt. Nach Worten des Geschäftsführers Ulrich Wecker falle dieses Ergebnis „völlig aus der Zeit“. Er hat deshalb ein Gutachten in Auftrag gegeben. Der Mieterverein kritisiert die Entscheidung. Am Freitag wird der Mietspiegel im Wirtschaftsausschuss beschlossen. *red*

Italien: Haftbefehl gegen René Benko

WIEN. Die italienische Justiz hat Haftbefehl gegen den österreichischen Unternehmer René Benko erlassen, Gründer der insolventen Immobilien- und Handelsgruppe Signa. Die Trienter Staatsanwaltschaft verweist auf Ermittlungen über Immobilienspekulationen in den Regionen Trentino und Südtirol, so die Nachrichtenagentur Ansa. In der Stuttgarter Innenstadt besaß Signa auch das Grundstück der ehemaligen Sportarena. Die Baustelle steht seit Monaten still. *red/dpa*

Bundesliga-Rechte wohl wieder an ARD

BERLIN. Fußballfans können laut „Bild“ auch künftig Bundesliga-Höhepunkte in der „Sportschau“ sehen. Die ARD darf demnach bis 2029 zeitnahe Zusammenfassungen zeigen. Der öffentlich-rechtliche Sender habe sich angeblich die Medienrechte gegenüber dem Mitbewerber RTL für vier Spielzeiten gesichert und könne weiterhin am Samstag die Bilder im Free-TV anbieten, heißt es.

Die ARD äußerte sich nicht dazu. Laut der Zeitung kann die Deutsche Fußball Liga (DFL) die Einnahmen beim Verkauf der deutschsprachigen Medienrechte an der Bundesliga und der 2. Liga stabil halten. Die Erlöse der Auktion für die Spielzeiten bis 2028/29 sollen bei mehr als einer Milliarde Euro pro Saison liegen. *dpa*